LEUTKIRCH / ISNY / BAD WURZACH

Schwäbische Zeitung

2,90 Euro | UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR CHRISTLICHE KULTUR UND POLITIK | Donnerstag, 11. Dezember 2025

Anzeige

Ulmer Bahnhof bald gesperrt

ULM – Mitte Januar können viele Regionalzüge und der komplette Fernverkehr den Ulmer Hauptbahnhof zeitweise nicht ansteuern. Wie die Bahn informiert, beginnt die Teilsperrung des Bahnknotens am 13. Januar um 0 Uhr und endet am 19. Januar um 5 Uhr. Während Reisende aus Richtung Bodensee und von der Ostalb tagsüber Ulm weiterhin direkt erreichen können, endet Züge etwa aus Sigmaringen oder Memmingen im Umland. (ume) **SÜDEN**

Rekord bei Post-Beschwerden

BERLIN – Ein neuer Tiefpunkt bei beschädigten oder verlorenen Paketen und Briefen ist erreicht. Nach vorläufigen Angaben der Bundesnetzagentur gingen bei ihr 2025 in den ersten neun Monaten mehr als 44.000 kritische Wortmeldungen über Postdienste ein. Das waren so viele wie noch nie und rund 40 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Damals waren es circa 31.700 Beschwerden, im gleichen Zeitraum 2023 nur 26.000. (dpa) **WIRTSCHAFT**

Grundsteuer ist rechtens

MÜNCHEN – Die neue Grundsteuer ist laut Bundesfinanzhof rechtens: Die Richter in München wiesen drei Klagen gegen die Steuer als unbegründet ab. Eine Vorlage an das Bundesverfassungsgericht komme nicht in Betracht. Auf dem Prüfstand stand das sogenannte Bundesmodell, das in elf der 16 Bundesländer genutzt wird. Die Kläger hatten eine zu ungenaue und damit zu Ungerechtigkeiten führende Datengrundlage gerügt. (AFP) **POLITIK**

FOTO: OLE BERG-RUSTEN /NTB/AFP

Verleihung ohne Preisträgerin

Es war eine ungewöhnliche Ehrung in Oslo: Den Friedensnobelpreis nahm nicht die venezolanische Oppositionspolitikerin María Corina Machado selbst entgegen, sondern ihre Tochter. Stellvertretend für ihre Mutter erhielt Ana Corina Sosa Machado aus den Händen von Jörgen Watne Frydnes (links), dem Vorsitzenden des Nobelkomitees, die Nobel-Medaille und eine Urkunde. Die 58-Jährige selbst lebt seit der umstrittenen Wiederwahl des linksnationalistischen Präsidenten Nicolás Maduro in Venezuela im Untergrund und konnte an der Zeremonie nicht teilnehmen. (AFP) **POLITIK**

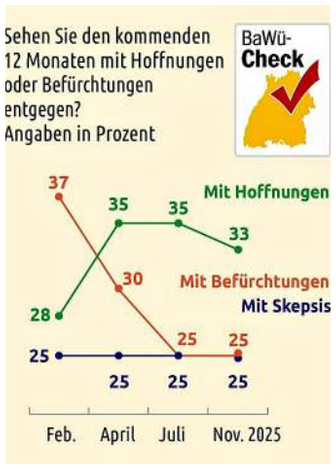
Menschen im Südwesten etwas optimistischer

Von Ulrich Mendelin

Die Stimmung der Menschen im Südwesten hat sich im Vergleich zu Jahresbeginn etwas aufgehellt. Die wirtschaftliche Lage erfüllt aber weiterhin viele mit Sorgen.

RAVENSBURG – Allen Meldungen über Kriege und Krisen und über die schwächelnde Wirtschaft zum Trotz: Kurz vor dem Jahreswechsel schauen mehr Menschen im Südwesten optimistisch in die Zukunft als zu Beginn des Jahres. 33 Prozent der Bürger blicken den kommenden zwölf Monaten mit Hoffnungen entgegen, wie aus dem aktuellen BaWü-Check hervorgeht, der repräsentativen Allensbach-Umfrage im Auftrag der Tageszeitungen in Baden-Württemberg. Das sind deutlich mehr Menschen als zu Jahresbeginn - bei der ersten Befragung dieser Art im Jahr 2025 war nur jeder Vierte hoffnungsfroh.

Im gleichen Zeitraum sank die Zahl derer, die mit ausgeprägten Befürchtungen auf die nähere Zukunft blicken. Nur ein Viertel der Menschen in Baden-Württemberg sagt dies über sich selbst. Zu Jahresbeginn äußerte sich noch mehr als ein Drittel der Menschen - 37 Prozent - entsprechend. Ein weiteres Viertel der Baden-Württemberger sieht der kommenden Zeit zwar nicht mit Befürchtungen, wohl aber mit Skepsis entgegen - ein Wert, der seit Jahresbeginn konstant ist.



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 16 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6195/I FOTO: SV-GRUPPE

Allerdings, auch das geht aus dem aktuellen BaWü-Check hervor, ändert die leicht aufgehellte Stimmung nichts daran, dass die wirtschaftliche Entwicklung weiterhin vielen Menschen Sorgen bereitet. Mehr noch: Die Krise rückt näher an jeden Einzelnen heran.

Stärker als bei früheren Befragungen geben Menschen in Baden-Württemberg an, dass die lahmende Konjunktur sie auf die eine oder andere Weise persönlich betrifft. Bei 85 Prozent der Befragten ist dies der Fall, während nur noch eine Minderheit von 15 Prozent angibt, keinerlei Auswirkungen der Wirtschaftsflaute auf das eigene Leben zu spüren. Nur etwa jeder fünfte erwartet, dass es ihm in fünf Jahren wirtschaftlich besser gehen wird als heute, während 28 Prozent der Befragten vom Gegenteil ausgehen. Dabei sind ältere Menschen tendenziell pessimistischer gestimmt als jüngere. Insbesondere die Entwicklung der baden-württembergischen Automobilindustrie als wichtigster Branche im Südwesten beunruhigt eine Mehrheit der Bürger. **LEITARTIKEL, SEITE DREI**

Aus Angst muss Mut werden

Leitartikel

Thomas Hagenbucher FOTO: SZ

Die Menschen haben Angst. Immer mehr Baden-Württemberger sorgen sich massiv um ihren Arbeitsplatz. Schon 15 Prozent der Beschäftigten fürchten ganz konkret um die Sicherheit des eigenen Jobs. Entsprechend verwundert es kaum, dass fast ein Drittel der Bürger davon ausgeht, in den kommenden Jahren Wohlstandsverluste erleiden zu müssen.

Klar ist: Die Krise kommt immer mehr bei den Menschen an. Während lange Zeit eher abstrakte Sorgen und eine allgemein schlechte Stimmung vorgeherrscht haben, fühlen sich inzwischen immer mehr Baden-Württemberger ganz konkret von den Auswirkungen der dramatisch schlechten Wirtschaftslage bedroht. Die aktuelle Krise ist nicht nur eine besondere, weil sie nun schon seit drei Jahren andauert, sie greift massiv die Substanz des Standorts Deutschlands und noch mehr des Autolands Baden-Württemberg an.

Wir erleben einen massiven Strukturbruch in der Industrie. Das wirtschaftliche Herz Deutschlands ist schwer erkrankt. Die Ursachen sind vielschichtig: Manche Dinge – zum Beispiel die US-Zölle oder die Konkurrenz aus China – lassen sich kaum oder gar nicht ändern. Andere wie die Standortbedingungen bei uns, bürokratische Belastungen, Energiepreise und Arbeitskosten aber durchaus.

Die Politik muss den Fokus jetzt voll und ganz auf die Wirtschaft richten und alles dafür tun, um die Unternehmen zu entlasten, Innovationen zu fördern und Wachstum zu begünstigen. Aber auch Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind in der Pflicht. Erstere müssen wieder mehr im Inland investieren, zweitere müssen dabei helfen, dass dies möglich wird – auch durch Mehrarbeit und Verzicht an der einen oder anderen Stelle. Wenn die Angst nicht lähmt, sondern aufrüttelt und wieder in neuen Mut umschlägt, könnte der Moment für Veränderungen gekommen sein. Eine erste Stimmungsaufhellung macht durchaus Hoffnung.

t.hagenbucher@schwaebische.de

Debatte über Social-Media-Verbot

In Australien dürfen Kinder und Jugendliche, die jünger als 16 sind, keine Accounts mehr auf Plattformen wie Tiktok, Youtube oder Instagram nutzen. Die Debatte darüber ist nun auch hierzulande in vollem Gang.

HAMBURG – Nach dem Social-Media-Verbot für Jugendliche in Australien nimmt die Debatte über gesetzliche Maßnahmen auch in Deutschland an Fahrt auf. So sprach sich etwa Niedersachsens Kultusministerin Julia Willie Hamburg (Grüne) für entsprechende Regelungen aus. Für Kinder unter 14 Jahren sollten die Plattformen ausnahmslos verboten sein, „schon aus Gründen des Jugendschutzes“, forderte sie.

Auch Manfred Weber (CSU), der Chef der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, befürwortete ein Social-Media-Verbot für Kinder.

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbands, Stefan Düll, zeigte sich dagegen skeptisch. Er plädierte dafür, Heranwachsenden mehr Kompetenz im Umgang mit Sozialen Medien zu vermitteln. In Australien ist es Jugendlichen unter 16 ab sofort verboten, ein eigenes Konto auf Social-Media-Plattformen zu besitzen.

Betroffen von diesem Verbot sind zehn Anbieter. Neben Tiktok sind das Snapchat, Instagram, Facebook, Threads, X, Youtube, Twitch, Reddit und Kick. Unternehmen, die das Alter ihrer Nutzer nicht konsequent überprüfen, müssen mit Strafen von umgerechnet bis zu 30 Millionen Euro rechnen. (KNA/epd) **PANORAMA**

Kreml lobt Trump-Kurs

Moskau reagiert erfreut auf die Aussagen von US-Präsident Trump zur Ukraine. Russland begrüßte auch die Bereitschaft des dortigen Präsidenten Selenskyj zu Neuwahlen.

MOSKAU – Der Kreml hat US-Präsident Donald Trump für seine bei „Politico“ geäußerte Kritik am ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und die Forderung nach harten Zugeständnissen an Russland gelobt. Trumps Äußerungen „zu den Themen Nato-Mitgliedschaft, Territorium und so weiter, zum Thema, wie die Ukraine Boden verliert, stimmen mit unserem Verständnis überein“, sagte Sprecher Dmitri Peskow. Trump habe zudem Kiews Streben in die Nato als Ursache des Konflikts benannt, was wichtig für eine friedliche Lösung sei.

Peskow begrüßte auch Selenskyjs Bereitschaft zu Neuwahlen in der Ukraine. Dies sei „ziemlich neu“ und decke sich mit Forderungen, die Russlands Präsident Wladimir Putin und US-Präsident Trump erhoben hätten. (dpa) **POLITIK**

Wetter

6° bis 8° C
Erst neblig-trüb, dann meist bedeckt

Börse

DAX: - 0,13%
Aktuell: 24.130,14 | Vortag: 24.162,65

Nr. 286 | B 6205

Früher war mehr Plätzlebacken

Unterm Strich

Die Umschichtung der zur Verfügung stehenden Zeit ins Digitale bedingt es, dass Menschen unter anderem weniger Plätzle backen. Natürlich ist die Ausrede, dafür habe man nun wirklich keine Zeit, nicht besonders stichhaltig, wenn man weiß, dass Erwachsene laut einer Umfrage des Digitalverbandes Bitkom im Schnitt deutlich mehr als drei Stunden am Handy herumfummeln. Genug Zeit eigentlich, um reichlich am Teig für Vanillekipferl oder Spitzbuben zu fummeln. Aber das ist ein freies Land. Jeder fummelt da herum, wo er gerne möchte.

Während also Leute immer weniger backen, steigen die Preise für Plätzchen beim Bäcker. 40 Euro pro Kilo kommen da schnell zusammen. In Österreich ist aufgrund dieser preislichen Umstände inzwischen so eine Art Plätzle-Schwarzmarkt entstanden, wie der ORF berichtet. Privatleute ohne Gewerbeschein oder Gesundheitszeugnis backen demnach in großem Stil und verkaufen die heiße Ware, ohne Steuern abzuführen.

Herumfummeln am Ausstecherle. FOTO: CHRISTIN KLOSE/DPA

Die Behörden warnen, derlei Backwerk aus dem Untergrund zu erwerben und weisen auch auf die gesundheitlichen Risiken hin. Denn wenn Tante Elvira aus dem dritten Stock für das ganze Viertel kostenpflichtig den Ofen glühen lässt, hätten unter anderem Allergiker das Nachsehen. Denn Schwarz-Bäckerinnen und Schwarz-Bäcker deklarieren ihre Rohstoffe im illegalen Kekshandel natürlich nicht ordnungsgemäß. Wir hoffen, dass es zu solchen Verwerfungen wie in Österreich bei uns nicht kommt und appellieren: Wer im Advent täglich nur auf eine Stunde Handy-Fummelei verzichtet, kann soviel backen, dass es bis Ostern reicht. (nyf)

Heute lesen Sie

FOTO: BORIS ROESSLER/DPA

Prinz-Reuß-Prozess

Bei der Fortsetzung des „Reichsbürger“-Prozesses gibt sich der Adlige reumütig. **POLITIK**